

## DIE LOHN-PREIS-SCHERE

Es ist schon verständlich, daß sich in letzter Zeit die öffentliche Diskussion immer mehr mit dem Lohnproblem beschäftigt und die Frage stellt: Was ist gewerkschaftlicherseits auf diesem Gebiete zu erwarten? Hierin zeigt sich ganz klar, daß die Öffentlichkeit um die ungerechte und unvertretbare Relation zwischen Löhnen und Preisen weiß, daß sie dumpf — wie in Vorgewitterstimmung — fühlt, daß wir Entscheidungen zur Lösung dieser Frage nicht mehr aus dem Wege gehen können. Hier zeigt der Seismograph des öffentlichen Interesses Gefahren an, deren Herd nicht so weit entfernt liegt, wie manche annehmen und vielleicht auch wünschen. Man fühlt immer deutlicher, daß die wirtschaftliche Krise nicht ausschließlich in den desolaten strukturellen Wirtschaftsbedingungen begründet, sondern im wesentlichen auf die mangelnde Kaufkraft der breiten Massen zurückzuführen ist, und daß ein Verharren in der jetzigen wirtschafts- und lohnpolitischen Tendenz unmöglich ist.

Die Lohn-Preis-Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß Löhne und Preise im wesentlichen in ihrer jetzigen verzerrten Ordnung stagnieren, wobei die Löhne seit Ende des vorigen Jahres sogar eine leicht sinkende Tendenz und die Preise in der neueren Entwicklung eine steigende Tendenz zeigen.

Wie steht es nun — in großen Zügen gesehen — um das deutsche Lohn-gefüge? Aufschluß gibt eine Statistik der Löhne und Gehälter in der Privatwirtschaft für das 1. Quartal 1950. Hiernach haben 4 v. H. der beschäftigten Männer und 25 v. H. der beschäftigten Frauen ein Einkommen unter 150 DM; 8,4 v. H. aller beschäftigten Männer und 40 v. H. der Frauen liegen in der Einkommensstufe zwischen 150 und 200 DM; 21,1 v. H. der Männer und 22,1 v. H. der Frauen haben Einkommen zwischen 200 und 250 DM; 26,2 v. H. der Männer und 8,2 v. H. der Frauen zwischen 250 und 300 DM; 19,3 v. H. der Männer und 2,9 v. H. der Frauen zwischen 300 und 350 DM; 10,7 v. H. der Männer und 1,3 v. H. der Frauen zwischen 350 und 400 DM; 10,3 v. H. der Männer und 0,5 v. H. der Frauen haben Einkommen über 400 DM. Das heißt also: rund 33,5 v. H. der Männer und 87,1 v. H. der Frauen oder — im Gesamtschnitt — 48,4 v. H. aller Beschäftigten haben Bruttoeinkommen unter 250 DM.

Zählt man zu diesen geringen und unzureichenden Einkommen die nahezu vier Millionen Haushaltungen von öffentlichen Unterstützungsempfängern, wird die ganze Tragik der deutschen Konsumsituation, die sich einerseits durch einen übergroßen Bedarf und andererseits durch unzulängliche Mittel charakterisiert, offenbar.

Die Lohnsumme im Monat Januar mit 885,4 Millionen DM liegt um 4,2 v. H. unter der Lohnsumme des Monats Dezember; die Lohnsumme des Monats Februar mit 816 Millionen DM ist 7,8 v. H. geringer als die Januar-Lohnsumme. Die Januar-Gehaltssumme liegt mit 258,6 Millionen DM um 4,4 v. H. unter der Gehaltssumme des Monats Dezember. Demgegenüber haben die Beschäftigtenzahlen des Dezember 1949 im Verhältnis zum September 1949 um 0,3 v. H., die des März 1950 im Verhältnis zum Dezember 1949 um 1,8 v. H. abgenommen.

Die Kaufkraftminderung wird ersichtlich aus den Angaben über den Umsatz in den gewerblichen Betrieben mit mehr als 10 Beschäftigten, bei denen die Umsätze des Monats Januar mit 5,4 Milliarden DM um 8,5 v. H. unter der Vergleichssumme des Dezembers 1949, und die Umsatzsumme von 5,2 Milliarden DM

im Monat Februar um 3,2 v. H. unter der Vergleichssumme des Monats Januar liegen.

Der Lebenshaltungskostenindex gibt, wie sein Name sagt, Auskunft über die Kosten der Lebenshaltung. Dabei ist der amtliche Index nicht unangefochten anerkannt, da er den heute reduzierten Warenkorb des Verbrauchs in Arbeitnehmerhaushaltungen im Verhältnis zu dem gleichen Warenkorb 1938 setzt. Er gibt insofern nicht den richtigen Aufschluß über den abgesunkenen Konsum der breiten Massen, die 1938 der Menge und Güte nach andere Waren verbrauchten. Der amtliche Lebenshaltungskostenindex beziffert die heutigen Lebenshaltungskosten mit 154 v. H. im Verhältnis zu 1938. Der nach den anerkannten internationalen Grundsätzen erstellte Lebenshaltungskostenindex des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften weist dagegen eine Steigerung um 85 v. H. aus. Wenn auch einzelne Elemente der Lebenshaltungskosten sinkende Tendenz ausweisen, so zeigt doch die Entwicklung der letzten Monate auch beim amtlichen Lebenshaltungskostenindex eindeutig ernste Steigerungstendenzen bei Ernährung, Wohnung und Hausrat, die auf verschiedenste Gründe zurückzuführen sind. Die Grundstoffpreise in Deutschland haben, soweit es sich um Industriestoffe und Nahrungsmittel handelt, nicht die gleiche Steigerung seit der Währungsreform erfahren. Die Lebensmittel lagen im April 1950 um 34,3 v. H. höher als im Juni 1948, während die Industriestoffe eine Steigerung um 22,4 v. H. auswiesen. Es zeigt sich also, daß die Nahrungsmittel um rund 12 v. H. höher als die Industriestoffe gestiegen sind. Auf dem Weltmarkt ist vor allem die steigende Tendenz bei Wolle und Baumwolle besorgniserregend. Bei den Nahrungsmitteln ist neben wohl saisonbedingten Erhöhungen vor allem die Brot- und Fettpreissituation ein Fanal. Die Subventionen für Brotgetreide sind mit dem 30. Juni 1950 entfallen, die Inlandsgetreidepreise demzufolge um 15 v. H. im Durchschnitt erhöht. Der Brotpreis mußte entsprechend reagieren. Er ist aber in Deutschland ganz besonders charakteristisch für das Preisgefüge. Deshalb werden sich irgendwelche Steigerungen des Brotpreises unter allen Umständen auswirken müssen, aber nicht nur für die Lohn- und Gehaltsempfänger, sondern auch für die Millionen Sozialunterstützter. Möglichkeiten zu Preissenkungen auf anderen Gebieten der Ernährung nach Wegfall der Importausgleichsabgabe werden nicht zum Zuge kommen, da ihre Lücke sogar mit wesentlichen Verteuerungen durch neue Zölle teilweise ausgefüllt werden soll. Wenn auch von der Fettsteuer dem Namen nach keine Gefahr mehr droht, wird die an ihrer Stelle beabsichtigte Margarine-Ausgleichsabgabe wahrscheinlich den Margarinepreis steigern. Im ganzen gesehen muß also die Preissituation für Nahrungsmittel als sehr ernst angesehen werden.

In gleicher Weise ist das Problem der Mieten zu sehen, deren relativ tiefer Stand in den Lebenshaltungskosten wesentlich auch dadurch bedingt ist, daß der Großteil der Lohn- und Gehaltsempfänger unzulänglich untergebracht ist. Absichten, die Mieten weiter zu erhöhen, und zwar nicht nur die sozialen Wohnungsbaumieten, sondern auch die Neubaumieten in der Kostenmiete und die Altbaumieten, müssen in diesem Zusammenhang sehr ernst gesehen werden. Es kann von gewerkschaftlicher Seite aus nur davor gewarnt werden, Preiserhöhungen auf diesen Gebieten ins Auge zu fassen.

Die ganze Schwere der kritischen deutschen Konsumsituation zeigt sich darin, daß im Laufe des Jahres 1949 die Einfuhr verdreifacht, die Agrarproduk-

tion um 18 v. H. und die industrielle Produktion um 21 v. H. gesteigert wurde, während die Löhne nur um 8 v. H. stiegen.

Unterscheidet man bei der Einkommenstruktur der Haushaltungen zwischen dem starren Lebensbedarf, unter den der Aufwand für Ernährung, Miete, Instandhaltung von Kleidung und Hausrat zu verstehen ist, und dem elastischen Bedarf, unter den man Neuanschaffungen für Hausrat, Kleidung und Schuhwerk erfaßt, dann haben wir die Situation, daß 32 v. H. aller Haushaltungen noch nicht einmal den starren Lebensbedarf decken und weitere 14 v. H. gerade soviel verdienen, daß sie den starren Bedarf voll decken können. Nur 19 v. H. der Haushaltungen können in geringem Umfange und weitere 27 v. H. angemessene Aufwendungen des elastischen Bedarfs machen. Nur 8 v. H. der Bevölkerung kann sich einen gehobenen Bedarf leisten.

Die Lohnpolitik der neuen Gewerkschaftsbewegung war und ist dadurch gekennzeichnet, daß sich alle verantwortlichen Stellen darüber im klaren sind, daß nominelle Lohnerhöhungen, die durch Preissteigerungen nach guter deutscher Übung ausgeglichen werden, keine Lösung des Problems bringen. Dr. Pentzlin hat bereits vor Jahren unter den Lohnirrtümern der Vergangenheit auf diese schwerwiegenden lohnpolitischen Fehler hingewiesen. Vor allem wird dadurch auch die Lebenshaltungskostensituation der sozial Unterstützten noch unerträglicher. Deshalb hat der DGB bisher immer wieder vor allem auf die Notwendigkeit umfassender Preissenkungen hingewiesen, zu denen die Wirtschaft durchaus in der Lage wäre. Einer im Verhältnis zu 1936 um 22 v. H. abgesunkenen Lohnquote — gemessen am Nettoproduktionswert — gegenüber verzeichnen wir eine Gewinnsteigerung der Wirtschaft in demselben Ausmaß. Die Handelsspannen sind nicht nur absolut, sondern auch relativ über den Stand von 1936 hinaus gestiegen. In der sogenannten sozialen und freien Marktwirtschaft werden wichtige Lebensmittel durch Zölle, Steuern und Abgaben weit über den Weltmarktstand hinaus verteuert.

Es ist klar, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung angesichts dieser Situation vor ernststen lohnpolitischen Konsequenzen steht, wenn nicht die gesamte Wirtschaftspolitik die Folgerungen zieht, die gezogen werden müssen. Der Reallohn der gewerblichen Arbeiter liegt in Westdeutschland bei 75 v. H., der der landwirtschaftlichen Arbeiter bei 65 v. H. des Standes von 1938.

Bezeichnend für die deutsche Situation sind Vergleiche der Kaufkraft in verschiedenen Ländern, z. B. zwischen Deutschland und Amerika. Der deutsche Arbeiter muß 35 Minuten arbeiten, um mit dem Lohnertrag 1 kg Weizenmehl kaufen zu können, der amerikanische Arbeiter 11 Minuten. Für ein Weißbrot muß der deutsche Arbeiter 40 Minuten, der amerikanische Arbeiter 13 Minuten arbeiten. Für 1 kg Schweinefleisch arbeitet der deutsche Arbeiter 4 Stunden und 42 Minuten, der amerikanische Arbeiter 43 Minuten. Für 1 kg Butter arbeitet der deutsche Arbeiter 6 Stunden und 34 Minuten, der amerikanische Arbeiter 1 Stunde und 28 Minuten. Für ein Arbeitshemd muß der deutsche Arbeiter 11 Stunden und 15 Minuten aufwenden, der amerikanische Arbeiter 1 Stunde und 19 Minuten.

Typisch für die lohnpolitische Situation in Deutschland ist das Problem der Frauenlöhne. Obwohl Artikel 3 des Grundgesetzes vorschreibt, daß keiner in Deutschland auf Grund seines Geschlechtes gegenüber einem anderen benachteiligt sein darf, weisen noch viele auch in der jüngsten Zeit abgeschlossene

Tarifvereinbarungen Regelungen dieser Art auf. Es scheint sich auch hier wieder einmal zu bewahrheiten, daß kein sozialpolitischer Fortschritt in Deutschland ohne ernste Auseinandersetzungen mit dem sozialen Gegenspieler durchgesetzt werden kann. Man versucht diese Grundgesetzbestimmung durch eine liberale staatsrechtliche Rechtsauslegung zu paralysieren, indem man darauf hinweist, daß ein Grundgesetz oder eine Verfassung nicht ohne weiteres die Rechtsbeziehungen der Bürger untereinander regelt. Aber selbst die Verteidiger dieses Standpunktes müssen anerkennen, daß Tarife, in denen Frauenlöhne lediglich des Geschlechts wegen anders und schlechter geregelt sind als die Männerlöhne nicht Grundlage einer Allgemeinverbindlichkeitserklärung, also eines staatlichen Hoheitsaktes, sein können.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist ein Problem, mit dem man sich in Deutschland eigentlich viel mehr beschäftigen müßte, als es offensichtlich geschieht. Weite Kreise der deutschen Wirtschaft weigern sich, die Zuständigkeit der Tarifvertragsparteien, also die Verantwortlichkeit der Partner in der Wirtschaft selbst, für die Schaffung einer echten Lehrlingsentlohnung anzuerkennen. Atavistische Vorstellungen sind hier stärker als die Einsicht in die Notwendigkeit, zu gemeinsamen, zeitnahen Regelungen zu kommen, die allein in der Lage sind, einer bedrohlichen Entwicklung entgegenzuwirken.

Der DGB ist sich darüber klar, daß erst eine entscheidende Regelung des Mitbestimmungsrechts — nicht nur in den Betrieben, sondern auch in der wirtschaftlichen Selbstverwaltung — die Grundlage für eine neue Lohnpolitik schaffen wird, da die Arbeitgeberhaltung dem bisher in Deutschland typischen Wirtschaftsdenken entspricht. Das neue wirtschaftliche Denken, das die Gewerkschaften durch die gleichberechtigte Mitverantwortung der Arbeitnehmervertreter im betrieblichen und wirtschaftlichen Geschehen herbeizuführen gewillt sind, ist unerläßlich für eine wirkungsvolle Rationalisierung der deutschen Wirtschaft und für die Wiedererrichtung der zerschlagenen deutschen Wirtschaft. Die Rationalisierung ist nicht nur ein Problem des geringstmöglichen Zeitaufwands für das Sozialprodukt und eines dementsprechenden Lohnes, sondern eine wohlüberlegte und gemeinsame Ordnung der Löhne und Gehälter in einer neuen Kostenpolitik der Betriebe, die heute einzig und allein auf den Gewinn, selbst auf Kosten der Kaufkraft der Beschäftigten, ausgerichtet ist.

Mögen alle, die es angeht, aus dem Ernst der Situation zeitig die Konsequenzen ziehen, auf die Deutschland in seiner jetzigen Situation Anspruch erheben muß. Der soziale Friede wird entscheidend davon abhängen, ob wir aus dem Sozialprodukt den arbeitenden Menschen das Einkommen sichern können, mit dem sie und ihre Familien leben können, und ob es gelingt, für den Erfolg dieser Wirtschaft den arbeitenden Menschen gleichberechtigt und vollverantwortlich einzuschalten, damit ihr Ertrag dem Aufbau der Wirtschaft, der Sicherung von Staat und Gesellschaft und vor allem der Existenzsicherung der nicht mehr arbeitsfähigen Menschen dient. Das ist das Ziel der neuen Gewerkschaftsbewegung und auch das Ziel der gewerkschaftlichen Lohnpolitik. Ob die Gewerkschaften gezwungen werden, in ernsten Auseinandersetzungen um dieses Ziel zu kämpfen, liegt allein in der Entscheidung der Regierung und der Kräfte in der Wirtschaft, die heute noch oder — besser gesagt — schon wieder glauben, daß ihnen allein ein Herrschaftsanspruch über das wirtschaftliche Geschehen zusteht.